

Der Kongress der Gemeinden und Regionen



23. TAGUNG
CG(23)6
2. Oktober 2012

Die gegenwärtigen Veränderungen in den arabischen Staaten - Chancen für die kommunale und regionale Demokratie

Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten
Berichtersteller: Amy KOOPMANSHAP, Niederlande (L, SOZ¹)

Entschließungsentwurf (zur Abstimmung).....	2
Empfehlungsentwurf (zur Abstimmung)	4

Zusammenfassung

Dieser Bericht ist eine Bestandsaufnahme der kommunalen und regionalen Demokratie in den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten, insbesondere Marokko und Tunesien, und beschreibt die Chancen einer Zusammenarbeit vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Veränderungen. Er unterstreicht, wie wichtig es für den Europarat ist, den laufenden Demokratisierungsprozess und insbesondere die Ausweitung der kommunalen und regionalen Demokratie zu unterstützen.

Auf der Grundlage der verfügbaren Rechtsinstrumente und der Erfahrung der europäischen Städte und Regionen bei ihrer Umsetzung werden praktische Vorschläge mit dem Ziel vorgelegt, die Kapazität der Städte und Regionen zu stärken, auf die Bedürfnisse und Wünsche ihrer Bürger, insbesondere der jungen Menschen, zu reagieren.

Der Bericht spiegelt die Situation im Februar 2012 wider.

¹ L: Kammer der Gemeinden / R: Kammer der Regionen
ULDG: Unabhängige und liberaldemokratische Gruppe des Kongresses
EVP/CD: Europäische Volkspartei - Christdemokraten des Kongresses
SOZ: Sozialistische Gruppe des Kongresses
ECR: Fraktion Europäische Konservative und Reformisten
NI: Mitglieder, die keiner politischen Gruppe des Kongresses angehören
NPA: Keine politische Zugehörigkeit



ENTSCHLIESSUNGSENTWURF²

1. Die Veränderungen in den südlichen Mittelmeeraanrainerstaaten, insbesondere Tunesien und Marokko, die sich aus dem Arabischen Frühling ergeben, eröffnen großartige Aussichten für eine demokratische Entwicklung auf kommunaler und regionaler Ebene. Die Behörden und Gesellschaften in diesen Staaten erleben eine historische Chance, die sie ergreifen sollten, und der Kongress der Gemeinden und Regionen muss zu diesem Prozess im Kontext der Politik des Europarats im Hinblick auf seine Nachbarregionen beitragen.

2. Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, im Hinblick auf Tunesien:

a. begrüßt den demokratischen Wandel, insbesondere die freien Wahlen vom Oktober 2011 zur Bildung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung, die den Auftrag hat, eine neue Verfassung zu entwerfen und eine Übergangsregierung einzusetzen, weist aber auf die Entlassung der Bürgermeister, die Auflösung der Stadträte und die Übertragung der Zuständigkeit für die kommunale Verwaltung auf „Sonderkommissionen“ hin;

b. hofft, dass die neue Verfassung demokratische Grundsätze der kommunalen Selbstverwaltung enthalten wird und dass die Kommunalwahlen, die für 2013 vorgesehen sind, gemäß den Grundsätzen der kommunalen Demokratie durchgeführt werden und eine umfangreiche Bürgerbeteiligung und -mitwirkung zeitigen wird;

c. begrüßt die Verpflichtung der Behörden, nicht mehr länger den Küstenregionen gegenüber dem Landesinneren den Vorzug zu geben, indem sie die traditionelle Beteiligung an der Regierung auf 70%/30% ändert. Der Kongress hofft, dass dieser Prozess Hand in Hand geht mit einer Stärkung der kommunalen Stellen, deren Befugnissen und deren finanzieller Autonomie, um auf diesem Wege eine integrierte Entwicklung zu gewährleisten.

3. Im Hinblick auf Marokko begrüßt der Kongress der Gemeinden und Regionen ebenfalls den von König Mohammed VI. im Januar 2010 begonnenen und im „Reformpaket“ formulierten Reformprozess, einschließlich des Berichts über Regionalisierung, nach den Protesten im März 2011. Er begrüßt die Überarbeitung der Verfassung und den Entwurf des Organgesetzes, das die Grundlage für einen Umbau der kommunalen und regionalen Verwaltung bilden soll. Der Kongress hofft, dass dies auf der Grundlage der demokratischen Grundsätze der kommunalen Selbstverwaltung und der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips erfolgt, und dass die anstehenden Kommunal- und Regionalwahlen gemäß den Grundsätzen der kommunalen und regionalen Demokratie durchgeführt und eine umfassende Bürgerbeteiligung und -mitwirkung zeitigen werden.

4. Generell ist der Kongress der Überzeugung, dass die größten Herausforderungen in Bezug auf die kommunale und regionale Demokratie in Tunesien und Marokko die folgenden Punkte sind:

a. die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens auf der Grundlage demokratischer Grundsätze, Normen und Standards ;

² Vorläufiger Entschließungsentwurf und vorläufiger Empfehlungsentwurf, am 20. März 2012 vom Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten angenommen.

Ausschussmitglieder:

E. Yeritsyan (Vorsitz), B. Toce (stellv. Vorsitz), F. Mukhametshin (stellv. Vorsitz), C. Abela Baldacchino (stellv. Vorsitz), T. Ali, S. Aliyeva, A. Ambros, E. Ampe, P.D. Andersen, L. Andrysiak, A. Antosova, G. Arnardottir, S. Barnes, J. Barska, B. Belin, A. Beskow, N. Boltenko, E. Brogi, A. Bryggare, E. Campbell-Clark, M. Catovic, Y. Celik, P. Chesneau, V. Chilikov, E. Chrysanthou, A. Cook, F. Dal, D. Davidovic, I. De La Serna Hernaiz, J. Demeter, N. Dudov, B.M. D'Angelo, M. Fiasella, J. Fischerova, B. Fleck, D. Ghisletta, V. Groysman, G. Grzelak, L. Güven (Stellvertreter: G. Doganoglu), H. Himmelsbach, P. Hugon, Y. Karayiannis (Stellvertreter: K. Viridakis), H. Klamm (Stellvertreter: G. Krüg), V. Konstantinov, A. Koopmanschap, A. Kordfelder, L. Kovacs (Stellvertreter: G. Illes), J. Landberg, I. Linge (Stellvertreter: A. Svensson), J. Lobnig, B. Löscher, M.S. Luca, F. Madsen, F. Maitia, P. Matvienko, I. Milatic, Y. Mildon, M. Miros, Y. Mishcheryakov, M. Nagel, C. Naudi Baixench, O. Olavsén, C. Oppitz-Plörer, S. Orlova, A. Pellizzari (Stellvertreter: A. Muzio), N. Pilyus, A. Pivkova, C. Raimbert, F. Ramos, A. Ravins, P. Receveur, V. Rossi, Y. Rzayeva, O. Sainsus, I. Schrick, H. Skard, J.-L. Testud, G. Tkemaladze, A. Toader, N. Toncev, S. Toscani (Stellvertreter: U. Hiller), I. Tzaki, J. Van Den Hout, E. Van Vaerenbergh, L. Vecchi, J. Warmisham, J. Watson (Stellvertreter: L. Hack), L. Zukauskas.

NB: Die Namen der Mitglieder, die an der Abstimmung teilnahmen, sind kursiv gedruckt.

Sekretariat des Ausschusses: D. Marchenkov, J. Hunting und M. Grimmeissen.

b. die Abschaffung der Aufsicht der kommunalen und regionalen Stellen und eine Ausweitung ihrer Befugnisse und ihrer finanziellen Autonomie, zusammen mit der Übertragung von Mitteln, die diesen Befugnissen entsprechen;

c. die Ausbildung kommunal und regional gewählter Amtsträger und ihrer Mitarbeiter;

d. der Austausch von Erfahrungen im Hinblick auf Verwaltungspraktiken bei der Verwaltung der kommunalen und regionalen Stellen und eine gute Regierungsführung;

e. die Verabschiedung von Maßnahmen, um die Partizipation der Bürger, insbesondere von Frauen und jungen Menschen, auf kommunaler und regionaler Ebene zu erhöhen.

5. Der Kongress begrüßt das Erstellen einer Prioritätenliste 2012-14 für Marokko und Tunesien seitens des Europarats im Rahmen seiner Nachbarschaftskooperation, die von der Europäischen Union unterstützt werden wird. Er ist erfreut, in diese Prioritäten eingebunden zu werden und verpflichtet sich, seinen Teil der Kooperation mit den Staaten des südlichen Mittelmeerraums vollständig zu erfüllen.

6. Im Kontext der Politik des Europarates über Nachbarregionen ruft der Kongress daher seine eigenen Gremien auf:

a. zu erwägen, wie eine dezentralisierte Zusammenarbeit zur Unterstützung der Dezentralisierungspolitik und zur Stärkung der kommunalen und regionalen Regierungsführung eingesetzt werden kann, um eine effektive Servicebereitstellung zu gewährleisten;

b. eine Zusammenarbeit mit den für die Gemeinden und Regionen zuständigen Ministerien und anderen zuständigen Regierungsstellen zu etablieren, um die demokratischen Grundsätze der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung in die Verwaltungspraxis umzusetzen, insbesondere in Bezug auf die Übertragung von Befugnissen und finanziellen Mitteln auf kommunale und regionale Ebene, sowie die Partizipation der Bürger (einschließlich Frauen und junger Menschen); die Zusammenarbeit sollte auch mit Berufsverbänden erfolgen, die in den Bereichen Demokratieförderung, Bürgerschaft, kommunale Entwicklung, Jugend und Beschäftigung tätig sind;

c. seine Fachkenntnisse im Bereich Beobachtung von Kommunal- und Regionalwahlen anzubieten, insbesondere für die anstehenden Kommunal- und Regionalwahlen in Marokko (2012) und die anstehenden Kommunalwahlen in Tunesien (wahrscheinlich 2013);

d. die Gemeinden in den zwei Staaten einzuladen, an der Europäischen Woche der kommunalen Demokratie teilzunehmen, die vom Kongress koordiniert wird;

e. eine Zusammenarbeit mit den Verbänden der Gemeinden und Regionen, insbesondere der Versammlung der Regionen Europas (AER), in diesem Bereich im Rahmen gemeinsamer Initiativen zu entwickeln, die speziell auf den Erfahrungsaustausch gewählter Vertreter abzielen;

f. eine Zusammenarbeit mit den Verbänden der Gemeinden und Regionen in Marokko und Tunesien zu entwickeln und auszubauen, um die Bedürfnisse der Kommunen zu beurteilen und diese zu ermutigen, sich an der Arbeit des Kongresses zu beteiligen, insbesondere durch Anbieten eines Sonderstatus beim Kongress;

g. mit den relevanten Gremien zu kooperieren, um bei den kommunalen und regionalen Stellen, den Regierungen und nationalen Parlamenten das Wissen über bestehende Instrumente der kommunalen und regionalen Demokratie des Europarats zu erhöhen, u.a. die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung und das Zusatzprotokoll über die demokratische Partizipation, den Referenzrahmen für regionale Demokratie, den Verhaltenskodex für die politische Integrität lokal und regional gewählter Vertreter, die Charta über die Mitwirkung junger Menschen am Leben der Gemeinden und Regionen, die Charta der Regional- oder Minderheitensprachen und die Charta zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung,³ insbesondere durch das Abhalten Runder Tische und von Seminaren, etc.;

³ Empfehlung CM/Rec(2010)7 vom 11. Mai 2010.

h. die Gründung und Fortführung von Partnerschaften und Kapazitätsausbauprogrammen durch europäische Städte und deren Verbände mit den tunesischen und marokkanischen Entsprechungen zu fördern, die sich auf die Stärkung der kommunalen und regionalen Verwaltungsstellen konzentrieren, um die Servicebereitstellung für die Bürger zu verbessern und diese effektiver zu gestalten;

i. im Kontext dieser Maßnahmen die Demokratie- und Menschenrechtsbildung auf kommunaler und regionaler Ebene zu fördern und bei den kommunal und regional gewählten Vertretern und deren Mitarbeitern das Bewusstsein für die Bedeutung einer solchen Bildung zu erhöhen;

j. in Kooperation mit den Gemeinden und Regionen des südlichen Mittelmeerraums Maßnahmen in den oben aufgeführten Bereichen durch bestehende Kooperationsplattformen zu fördern, wie z. B. das Nord-Süd-Zentrum des Europarats, das europäisch-arabische Städteforum und die Versammlung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Europa-Mittelmeer (ARLEM) des EU-Ausschusses der Regionen, bei der der Kongress einen Beobachterstatus hat, sowie der United Cities and Local Governments (UCLG).

7. Der Kongress ruft seine Mitglieder auf, diese Ziele zu verfolgen.

8. da die Gemeinden und Regionen in den europäischen Staaten über große Erfahrungen und eine Bandbreite an besten Praktiken in den Bereichen kommunale und regionale Verwaltung, Bürgerpartizipation und nachhaltige urbane Entwicklung verfügen, können sie ihren Partnern in Tunesien und Marokko technisches Know-how und institutionelle Unterstützung anbieten.

9. Zu diesem Zweck ruft der Kongress die europäischen Gemeinden und Regionen auf:

a. eine Zusammenarbeit mit ihren Gegenstücken in den Anrainerstaaten des südlichen Mittelmeeres zu etablieren, um die Bedürfnisse der letztgenannten zu bestimmen und ihr Know-how über demokratische Regierungsführung und die Verwaltung von Kommunen und Regionen anzubieten, insbesondere durch Partnerschaften und Studienbesuche und Trainingsprogramme;

b. die dezentralisierte Zusammenarbeit mit tunesischen und marokkanischen Gemeinden und Regionen über bestehende europäische und internationale Netzwerke von Gemeinden, wie oben erwähnt, auszubauen, die bereits Euro-Mittelmeer-Projekte gestartet haben und diesen Partnerschaften Anreize bieten.

EMPFEHLUNGSENTWURF⁴

1. Die politischen Veränderungen, die momentan in den Anrainerstaaten des südlichen Mittelmeerraums stattfinden, bieten die einmalige Chance, über einen Dezentralisierungsprozess Demokratie zu etablieren, in dem die Übertragung von politischen, wirtschaftlichen und administrativen Befugnissen auf Stellen, die den Bürgern näher sind, i.e. Gemeinden und Regionen, von ausschlaggebender Bedeutung ist.

2. In diesem Kontext hat der Europarat die Pflicht, diesen Prozess und insbesondere die Ausweitung der kommunalen und regionalen Demokratie zu unterstützen. Er verfügt über eine Reihe von Rechtsinstrumenten, welche die Grundsätze und Standards für die Entwicklung der kommunalen und regionalen Demokratie festlegen, sowie umfangreiche Erfahrungen bei der Umsetzung dieser Grundsätze in die administrative Praxis und die Verwaltung der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften.

3. In diesem Zusammenhang begrüßt der Kongress das Handeln der Parlamentarischen Versammlung in Marokko und Tunesien, insbesondere die Beobachtung von Wahlen, und ruft sie auf, die nationalen Parlamente dieser Staaten aufzufordern, rechtliche Rahmen für die kommunale und regionale Demokratie zu erarbeiten und demokratische Grundsätze der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung anzunehmen, dies insbesondere auf der Basis der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung und des Zusatzprotokolls über demokratische Partizipation, des Referenzrahmens für regionale Demokratie und anderer relevanter Rechtsinstrumente des Europarats. Die rechtlichen Rahmen sollten sich insbesondere mit der Ausweitung von Befugnissen und der Finanzierung der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie der Partizipation der Bürger, insbesondere Frauen und junge Menschen, auf kommunaler und regionaler Ebene befassen.

⁴Siehe Fußnote 2.

4. Der Kongress der Gemeinden und Regionen begrüßt auch den Entwurf der Prioritäten 2012-2014 für Marokko und Tunesien im Rahmen der Politik des Europarats über Nachbarschaftsregionen, die von der Europäischen Union unterstützt wird. Er freut sich, in diese Prioritäten einbezogen zu werden.

5. Unter Betonung der Bedeutung, im Rahmen der Politik des Europarats für die Nachbarregionen der kommunalen und regionalen Dimension die gebührende Beachtung zu schenken, ruft der Kongress das Ministerkomitee auf:

a. bei den nationalen Regierungen der Staaten des südlichen Mittelmeerraums die demokratischen Grundsätze der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung bei den Verwaltungspraxis zu fördern, insbesondere in Bezug auf die Übertragung von Befugnissen und Finanzmitteln, sowie die Partizipation der Bürger, insbesondere Frauen und junge Menschen, auf kommunaler und regionaler Ebene;

b. die Standards zu fördern, die durch die oben genannten Rechtsinstrumente des Europarates und den Verhaltenskodex für die politische Integrität kommunal und regional gewählter Vertreter, die Charta über die Teilhabe junger Menschen am Leben der Gemeinde und Regionen, die Charta für Regional- oder Minderheitensprachen und die Charta über Demokratie- und Menschenrechtsbildung festgelegt sind;

c. die Möglichkeit zu erwägen, die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung für den Beitritt der Staaten des südlichen Mittelmeerraums, insbesondere Marokko und Tunesien, zu öffnen;

d. eine dezentralisierte Zusammenarbeit zu fördern und, wo möglich, Finanzhilfen für Projekte durch europäische Gemeinden und Regionen für ihre Gegenstücke in den Staaten des südlichen Mittelmeerraums bereitzustellen, insbesondere im Rahmen von Programmen für gewählte Vertreter und deren Mitarbeiter.

6. Darüber hinaus ruft der Kongress die Venedig-Kommission des Europarates auf, im Kontext seiner Expertenbeurteilungen der Verfassungen und Gesetzgebungen der Staaten des südlichen Mittelmeerraums sicherzustellen, dass das Recht auf kommunale Selbstverwaltung anerkannt wird und die demokratischen Grundsätze und Standards der kommunalen Selbstverwaltung enthalten sind.

7. Schließlich ruft der Kongress die Gremien der Europäischen Union auf, einschließlich des Ausschusses der Regionen, über die Versammlung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Europa-Mittelmeer (ARLEM), bei der der Kongress einen Beobachterstatus hat, zur Entwicklung der Demokratie in den Regionen des südlichen Mittelmeerraums beizutragen, insbesondere:

a. die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Regionen des südlichen Mittelmeerraums auszubauen, um die Bedürfnisse der letztgenannten zu bestimmen und das Know-how über die demokratische Regierungsführung und die Verwaltung kommunaler und regionaler Gebietskörperschaften zu übertragen, insbesondere durch Trainingsprogramme für gewählte Vertreter und deren Mitarbeiter und durch Studienbesuche;

b. Initiativen und Aktivitäten zu entwickeln, die den Austausch von Erfahrungen, die Förderung der kommunalen und regionalen Umsetzung staatlicher Politik und eine Einflussnahme vor dem Hintergrund der Neuverhandlung der Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union und die Definition einer Mittelmeer-Makroregion einschließen;

c. Möglichkeiten für die Anpassung einer dezentralisierten Kooperation an die vielfältigen Formen der kommunalen und regionalen Umsetzung staatlicher Politik zu entwerfen und Maßnahmen für die Unterstützung der nationalen Dezentralisierungspolitik der Staaten des südlichen Mittelmeerraums zu fördern;

d. die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften und deren Vertreter aus dem südlichen Mittelmeerraum in die Lage zu versetzen, in vollem Umfang an der Neuverhandlung der Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union für 2014-2020 teilzunehmen;

e. eine Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) zu fördern, die sich an der europäischen Regionalpolitik und der Zuteilung von Strukturfonds ausrichtet, und, in diesem Kontext, die Prüfung der Möglichkeit, kommunale und regionale Entwicklungspläne zu erarbeiten und umzusetzen, die auf dem Modell der Städtepartnerschaft basieren.